

BILLIONENPOKER

ULLRICH FICHTNER & CORDT SCHNIBBEN (HG.)

BILLIONENPOKER

**Wie Banken und Staaten
die Welt mit Geld überschwemmen –
und uns arm machen**

Beat Balzli, Ferry Batzoglou
Klaus Brinkbäumer, Jochen Brenner
Uwe Buse, Manfred Ertel
Hauke Goos, Ralf Hoppe
Frank Hornig, Thomas Huetlin
Alexander Jung, Ansbert Kneip
Guido Mingels, Christoph Pauly
Christian Reiermann, Christoph Schult
Thomas Schulz, Anne Seith
Alexander Smoltczyk

Deutsche Verlags-Anstalt



Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Munken Premium Cream liefert Arctic Paper Munkedals AB, Schweden.

1. Auflage

Copyright © 2012 Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

und SPIEGEL-Verlag, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Typografie und Satz: DVA/Brigitte Müller

Gesetzt aus der Jenson

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-04576-8

www.dva.de

INHALT

7 Vorwort

KAPITEL I

21 DAS GELDBEBEN
Wie die Finanzmärkte regieren

KAPITEL II

111 DIE EUROKRISE
Wie eine gute Idee zur Tragödie wird

KAPITEL III

161 DIE KREDITBLASE
Wie die globale Finanzkrise in den USA
ihren Anfang nahm

KAPITEL IV

237 DIE WETTE
Warum die größte Kreditblase der Geschichte
die Demokratie ruiniert

ANHANG

267 Glossar: Das Wörterbuch des Grauens
290 Register
301 Dank

In den tiefen Kellern der Federal Reserve Bank von New York lagert, knapp 7000 Tonnen schwer, die Erinnerung an eine vermeintlich gute alte Zeit. Hinter hellblau lackierten Gittertüren stapelt sich in 122 geräumigen Schließfächern das Gold der Welt, über ein Fünftel des globalen Bestandes, fast 400 Milliarden Dollar wert, gut 550 000 Barren. Sie waren einst das Maß des Geldes, der Urmeter der Währungen, der beruhigende »Gold-Standard« in einem streng regulierten Weltfinanzsystem, der die Verschuldung der Staaten begrenzen sollte. Es gibt keine Tür, es gibt einen 90 Tonnen schweren Stahlzylinder, der sich um 90 Grad drehen lässt. Kein einzelner Mensch kann die Tür öffnen, nur mehrere Beschäftigte zusammen kennen den gesamten Code.

Sechs Stockwerke höher im wuchtigen Haus der »Fed« an der Maiden Lane von Manhattan lässt sich ein Ort begehen, an dem die Finanzierung von Staaten eine recht gemütliche Angelegenheit gewesen zu sein scheint. Eine Schalterhalle belegt die erste Etage des 1924 eingeweihten Kalk- und Sandsteinbaus, die an Bilder von englischen Herren-Clubs erinnert. Gutbürgerliche Ohrenbackensessel stehen auf schimmerndem Specksteinboden vor verzierten Kassenfenstern, an denen die Investoren ihre Geschäfte mit den Vereinigten Staaten von Amerika abwickelten, das ging so bis in die 1980er Jahre.

In der »Fed« kauften und verkauften sie Anleihen, gaben ihrem Land Kredit oder entzogen ihn, sie schlossen Geschäfte ab, zu denen sie persönlich anreisten, die sie handschriftlich niederlegten auf verspielt bedrucktem Papier, in Schatzbriefen, die genauso

aussahen, wie ihr Name vermuten lässt. Computerhandel? Kam erst viel später.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und bis 1971 konnten die Kunden der Fed und auch sonst alle Teilnehmer am Finanzmarkt ihre Geschäfte machen, ohne groß über den Wert des eingesetzten Geldes nachdenken zu müssen. Ein Dollar war ein Dollar, sein Wert war im sogenannten System von Bretton Woods klar festgelegt und mit dem Goldpreis fest verkoppelt: Eine Unze Feingold, exakt 31,103 Gramm, entsprach 35 US-Dollar, und dazu setzten die meisten anderen Notenbanken der westlichen Welt ihre Währungen, Gulden, Kronen, Schilling, Lire, Escudos, bald auch die neue D-Mark, in ein fixes Verhältnis.

Es ging darum, die richtigen Lehren aus der Zeit der Weltkriege, aus dem Börsenkrach der 1930er Jahre zu ziehen, die Gefahr von Hyperinflationen künftig auszuschließen, mit einem Wort: das Geld sicherer zu machen, verlässlicher. Zu diesem Ziel hatten sich 1944 die Vertreter von 44 Staaten in Bretton Woods weit im Norden von Neu-England getroffen und obige Formeln gefunden. Sie beförderten zweifellos das europäische Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit sowie den Aufbau und die Stabilität der westlichen Welt im heraufziehenden Ost-West-Konflikt.

Ende der 1960er Jahre aber war die Menge der umlaufenden Dollars in aller Welt so groß geworden, dass ihr Wert die Goldreserven der USA gefährlich überstieg. Aus dem Gold- war de facto ein Dollar-Standard geworden, und es krachte im Gebälk von Bretton Woods. Aufstrebende Länder, voran Deutschland, saßen auf völlig unterbewerteten Währungen, schwächere Nationen hatten zu teures Geld. Beschränkt und theoretisch sogar existenziell bedroht vom herrschenden Gold-Standard, suchten die USA, die für den Vietnam-Krieg zudem mehr Geld brauchten als sie Gold hatten, bald nach Auswegen. Sie fanden ihn in der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse. Bretton Woods war gescheitert. Aus

einem fest gefügten, staatlich kontrollierten Finanzsystem wurde das freie Spiel der Finanzmärkte, schon damals wurden die Kräfte entfesselt, die sich in knapp vier Jahrzehnten potenzieren, bis sie die Welt an den Rand des Abgrunds bringen.

Das Gold der Fed und ihre alte Schalterhalle verloren schnell an Bedeutung. Letztere ist im Herbst 2012 nur noch Kulisse. Sie dient den Beschäftigten als Cafeteria, manchmal werden hier noch Essen und Events veranstaltet, in einem Flügel ist ein Museum eingerichtet. Aber einmal noch im 21. Jahrhundert wurde hier über die Geschicke der ganzen Welt verhandelt: An einem Wochenende im September 2008 versammelten sich Minister, Banker, Konzernchefs und viele Juristen, um über die Schieflage einer Investment-Bank namens Lehman Brothers zu beraten. Daraus wurde Weltgeschichte, an deren Kapiteln seither fortlaufend weiter geschrieben werden muss.

Denn damals begann eine Achterbahnfahrt, die alle durchschüttelt, Banker, Politiker und Manager, Spekulanten und Sparer, Ökonomen und Analysten, vor allem aber Zeitungsleser, Internetsurfer und Fernsehzuschauer, die dem Stakkato der schlechten Nachrichten kaum noch folgen können, ohne an der Vernunft und der Weitsicht der Akteure zu zweifeln. Eine lange Reihe Namen und Begriffe waren und sind zu lernen und zu begreifen, EFSF und ESM und Eurobonds, EZB und IWF, CDS und CDO, es ist tatsächlich eine Buchstabensuppe. Mit Ländernamen, die gestern noch für Urlaub standen, verbinden sich heute multiple Krisen, die das europäische Projekt bedrohen: In Not sind Portugal, Irland, Griechenland, Spanien, zwischenzeitlich zusammen mit dem wackelnden Italien respektlos als »PIGS« abgekürzt, zu schweigen von Ungarn, Zypern, Lettland, aber sie alle haben in ihrer Not unerwartete Gesellschaft bekommen. Frankreich bekommt es mit der Angst zu tun, muss sich reformieren, Deutschland fürchtet um seinen Wohlstand.

Seit jene amerikanische Bank Lehman Brothers im September 2008 kollabierte, sind Billionen Dollar öffentlicher Gelder aufgewendet worden, um den Zusammenbruch des Weltfinanzsystems abzuwenden. Diese Tausende Milliarden Dollar aber reichten nicht, um die Finanzmärkte so zu beruhigen, dass sie wieder so funktionieren, wie sie sollen: als effiziente Netzwerke zwischen den Warenmärkten, als Bindegewebe zwischen Volkswirtschaften. Und mittlerweile dämmert vielen, dass dieser alte Zustand sehr wahrscheinlich nicht wiederherzustellen ist: Die romantische Vorstellung des 20. Jahrhunderts, die Finanzmärkte seien die Diener der Warenökonomie, das ist vorbei. Die Finanzmärkte und ihre Jongleure sind vielmehr aufgestiegen zu den eigentlichen Herrschern der Welt und ihrer Ökonomie, in der Produzenten realer Waren nicht mehr die Hauptrolle spielen.

Die neuen Herrscher sind keine Monster, keine Heuschrecken, keine Blutsauger. Sie sind in der Regel gut gekleidete Herren mit perfekten Lebensläufen und Manieren, die ihr Geld bei nicht mehr als einigen Dutzend weltweit operierenden Banken und Hedgefonds, Pensionsfonds, Versicherungen und Staatsfonds verdienen, deren Geschäfte vorrangig darin bestehen, die Welt mit Geld und Kredit zu versorgen. Sie sind so wichtig geworden für das heutige System, dass Regierungen und Zentralbanken alles daran setzen, und alles daran setzen müssen, um sie auf jeden Fall flüssig zu halten. Das klingt logisch. Aber ist es nicht, bei Licht betrachtet, Wahnsinn?

Die Weltfinanz ist, in ihren systemrelevanten Teilen, mittlerweile so konzentriert und die wenigen Spieler jeder für sich so groß, dass ein einziger Ausfall zum Einsturz des ganzen Gebäudes führen kann. Die Welt hat es staunend erfahren in den vergangenen Jahren: Was zunächst wie irgendeine ferne Krise auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt aussah, wurde mittels scheinbar risikoloser Wertpapiere von den Großbanken über den Globus verteilt, infizierte die Portfolien von Anlegern aller Größen und

Klassen und schwächte am Ende die Banken so, dass Staatsgelder nötig wurden, um sie zu stützen.

Die Staaten – seit Jahrzehnten an immer höhere Verschuldung gewöhnt – finanzierten diese Hilfen so lange über Staatsanleihen, bis Banken und andere Anleger so hohe Zinsen für Kredite verlangten, dass sie die Hilfe anderer Staaten brauchten. Und nun hat der Teufelskreis der Schulden den Punkt erreicht, wo die Staaten, die anderen Staaten geholfen haben, schon selber Hilfe brauchen. Am Ende sitzt die ganze Welt in einem Boot.

Es ist nicht nur eine Krise zu beschreiben, es ist vor allem zu beschreiben, wie sich – unbemerkt über Jahre und von innen heraus – das Wirtschaftssystem veränderte, das seit 150 Jahren Kapitalismus genannt wird. Es ist zu beschreiben, wie sich lange für allgemein gültig gehaltene Wahrheiten über die Rationalität von Märkten, über die Symbiose von Markt und Demokratie, über den Einfluss von Politik und Notenbanken auf die Ökonomie, wie all diese Säulen westlicher Weltanschauung in sich zusammensacken.

Am deutlichsten spüren diese Verunsicherung diejenigen, die in den Kommandohöhen von Politik und Wirtschaft entscheiden müssen über Lösungen und Auswege. Und weil sie in ihrer Ratlosigkeit zaudern, treten Organe an ihre Stelle, die nun zu Ersatzregierungen werden: die Notenbanken.

Der Beschluss der Europäischen Zentralbank, unbegrenzt Anleihen europäischer Staaten aufzukaufen, ersetzt politische Lösungen, für die in den Regierungen und Parlamenten der Euro-Staaten im Moment keine Mehrheit zu finden ist. Der Beschluss der amerikanischen Federal Reserve, wieder unbefristet Hunderte Milliarden Dollar in die Märkte zu pumpen, um Wirtschaftswachstum zu stimulieren, erklärt sich aus der Unfähigkeit von Demokraten und Republikanern, sich auf einen Kompromiss zu verständigen zwischen Schuldenbegrenzung und Konjunkturpro-

grammen. Geld zu drucken ist auf beiden Seiten des Atlantiks die letzte verzweifelte Antwort, also noch einmal – wie in einer Wette – Hunderte von Milliarden zu setzen, in der Hoffnung darauf, dass die Krisenstaaten in Europa wieder zu erträglichen Zinsen Staatsanleihen platzieren können, und in der Hoffnung darauf, dass die Konjunktur in den USA anspringt – obwohl sie trotz niedrigster Zinsen bisher nicht angesprungen ist.

Der Versuch der Staaten, das wankende Finanzsystem zu stützen, hat ihre Abhängigkeit von den Finanzmärkten so erhöht, dass ihre Politik nun von zwei Souveränen bestimmt wird: von den Bürgern und den Gläubigern. Die Gläubiger verlangen Schuldenabbau und die Aussicht auf Wachstum, die Bürger wollen Arbeit und Wohlstand und merken, dass die Regierenden inzwischen mehr auf die Gläubiger hören. Denn die haben den gefährlichen Zins und sie nur den wütenden Protest. Aus einer Finanzkrise ist so eine Krise der Demokratie geworden, die viel existenzieller werden kann als jede Finanzkrise.

Im Spagat zwischen Wählern und Gläubigern suchen Politiker den Rat von Experten, von Ökonomen, die ihnen helfen sollen, das zu verstehen, worüber sie entscheiden müssen. Aus zwei Lagern – das macht die Sache nicht einfacher – bekommen sie Rat, von den Angebotsökonomern und den Nachfrageökonomern. Die einen glauben daran, dass der Staat sich – so weit es geht – aus der Wirtschaft heraushalten soll, dass das Wachstum der Wirtschaft vor allem über wachsende Gewinne der Unternehmen, also über niedrige Löhne, niedrige Steuern und Abgaben zu stimulieren ist; die anderen sind davon überzeugt, dass die Marktkräfte immer wieder Krisen verursachen und der Staat deshalb durch steigende Ausgaben den Ausfall privater Nachfrage ausgleichen muss.

Der Ökonom John Maynard Keynes entwickelte diese nachfragestimulierende Wirtschaftspolitik als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise nach 1929, bis in die siebziger Jahre bestimmte sein

Denken die Politik der westlichen Staaten. Weil hohe Inflationsraten und gleichzeitig steigende Arbeitslosenzahlen Zweifel an der Nachfragetheorie schürten, gewann der angebotsorientierte Monetarismus des Chicagoer Professors Milton Friedman Einfluss auf die Wirtschaftspolitik vieler Staaten: Über die Begrenzung der Geldmenge soll der Staat die Inflation bekämpfen, schuldenfinanzierte Staatsausgaben seien das Hauptübel, über niedrige Steuersätze soll der Staat Wirtschaftswachstum fördern und so seine Steuereinnahmen erhöhen.

Bis heute konkurrieren beide Auffassungen miteinander: Wenn sich der Bundesbankpräsident Jens Weidmann dagegen wehrt, dass die EZB Staatsanleihen aufkauft, dann argumentiert er monetaristisch; wenn der französische Präsident auf Wachstumsprogramme drängt, dann argumentiert er keynesianisch. Der häufige Machtwechsel in westlichen Staaten zwischen neoliberalen, konservativen und linken, sozialdemokratischen Kräften hat in den letzten Jahrzehnten mal die eine, mal die andere Auffassung an die Macht gebracht und so die Staatsverschuldung nach oben getrieben: Die einen haben die Einnahmen des Staates reduziert, die anderen haben seine Ausgaben erhöht. Manche taten beides.

Bis zum Finanzcrash 2008 dominierten in den westlichen Staaten die Angebotspolitiker. Um einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern, legten sie allerdings Konjunkturprogramme von Hunderten Milliarden Dollar und Euro auf und ließen Keynes wieder auferstehen.

Im Moment herrscht ein ratloses Patt zwischen Keynes und Friedman: Unternehmer kommen so billig wie nie an Kredite, die Zinsen sind auf Tiefststand, doch in den USA investieren die Unternehmer nicht so, wie in der Theorie erwartet. Aber keynesianische Konjunkturprogramme sind nicht mehr zu finanzieren, noch mehr Verschuldung würde noch mehr Staaten endgültig zu Krisenstaaten machen.

Es ist an der Zeit, den Teufelskreis der letzten vier Jahre so zu beschreiben, dass der Leser Ursachen und Wirkungen begreift und mögliche Auswege erspähen kann. Deshalb folgt dieses Buch einem simplen Gedanken: zu beschreiben und zu erklären, wie die Welt – um es mit Helmut Schmidt zu sagen – so »in die Scheiße geritten« werden konnte. Und wie sie da womöglich wieder herausgeritten werden kann.

So einfach dieser Gedanke ist, so schwierig ist allein die Beschreibung der globalen Finanzmärkte. Um verstehen zu können, wie die Märkte zunächst die USA und die Weltwirtschaft, dann den Euro und die europäischen Staaten an den Abgrund getrieben haben, muss man verstehen, wie sie funktionieren und warum sie so mächtig geworden sind in den letzten beiden Jahrzehnten.

Im ersten Kapitel beschreiben wir das Ineinandergreifen der Finanzmärkte am Beispiel von acht Bankern, Hedgefondsmanagern, Devisenhändlern und Fondsverwaltern. Ihr Wirken ist, logischerweise, darauf gerichtet, die ihnen anvertrauten Vermögen zu mehren, woraus ihnen kein Vorwurf zu machen ist. Festzuhalten bleibt aber auch, dass ihr jeweils individuelles Tun dem kollektiven Gemeinwohl nicht unbedingt dient – woraus sich Fragen an die Politik und die Behörden der Finanzaufsicht ableiten.

Das Wirken der acht Finanzmarktakteure schildern wir vor dem Hintergrund der sich dramatisch zuspitzenden Eurokrise im Dezember 2011. Das Kapitel dokumentiert die Vorgänge mehrerer Wochen im Vorfeld eines der vielen politischen Gipfel. Der Leser dieses Kapitels versteht, wie sich Finanzmanager am Markt bewegen, wie dieser Markt strukturiert ist, nach welchen Kriterien die Teilnehmer urteilen, wie sie zu ihren Entscheidungen kommen und durch ihr Handeln Druck auf politische Entscheidungen entwickeln. Auf den Märkten für Staatsanleihen etwa entscheidet sich das Schicksal des Euro und – wenn man Angela Merkel glauben will – auch das Schicksal Europas.

Im zweiten Kapitel wird erzählt, wie aus einer eigentlich kraftvollen, visionären Idee – die Einheit Europas – eine neue europäische Tragödie werden konnte, die nicht nur Griechenland, sondern im Fortgang alle Euro-Staaten bedroht. In diesem Kapitel wird anschaulich, wie die Staaten selbst an der Schulden Spirale drehen, wie sie sich immer weiter von den Realitäten ihrer Einnahmen entfernten und warum sich das Epizentrum der globalen Finanzkrise von den USA nach Europa verschoben hat.

Griechische und deutsche Finanzminister kommen zu Wort, Gründerväter des Euro, Profiteure und Gauner und amerikanische Ökonomen, die die ganze Konstruktion von Anfang an für romantisch hielten. Haben sich die Euro-Europäer die Welt schöner geredet, als sie ist? Haben die Regierungen die Haushalte ihrer Länder sehenden Auges ruiniert, nur um sich mit immer neuen Geschenken an der Macht zu halten?

Die Vehemenz, mit der die Verschuldung der Euro-Staaten die Finanzmärkte beschäftigt, ist nur zu verstehen, wenn man sie begreift als nächste Phase einer Kreditblase, die zunächst in den USA platzte. Das dritte Kapitel schlägt deshalb den Bogen zurück nach Amerika, zu den Anfängen der Krise. In Europa waren es vor allem Staaten, die sich unverantwortlich verschuldeten, in den USA waren es der Staat und die Konsumenten gleichermaßen. Tatsächlich wuchs die amerikanische Volkswirtschaft nicht mehr, wenn der – auf Schulden gebaute – Konsum nachließ. Das US-Wachstum der Vorkrisendekade, durchschnittlich drei Prozent, ist anders nicht zu erklären: Denn obwohl die Durchschnittslöhne in Amerika sanken, stiegen die Konsumausgaben, finanziert gewissermaßen durch Millionen kleiner Keynes, die agierten, als wären sie die Finanzminister ihres eigenen Staates und verordneten sich ein schönes Konjunkturprogramm.

Lange ging das gut, zumal der Kapitalismus, dieses einfallreichste Wirtschaftssystem der Geschichte, einen Ausweg gefunden

zu haben schien aus dem großen Dilemma des Systems, nämlich Geld nur vermehren zu können, wenn man es in einen Produktionsprozess steckt, der Waren hervorbringt, die sich mit Profit verkaufen lassen. Es ging auch anders: Wer sein Geld – über die Banken – in die Finanzierung von Konsum- und Immobilienkrediten steckt, erspart sich die umständliche Investition in Fabriken. Auf dieser Idee basierte letztlich die in den USA entwickelte, zunächst hochprofitable Anlageform: Man nahm Hypotheken zahlungsschwacher Hausbesitzer, viele davon, »verbriefte« sie zu Wertpapieren und hatte damit, so dachte man, eine neue, risikolose Anlage.

Im dritten Kapitel schildern wir, wie irrig diese Annahmen waren und wie sich die tatsächlich hochriskanten Anlagepapiere an der Wall Street vermehrten; wie sie die Welt überschwemmen, wie sie bis in deutsche Kirchengemeinden und die Portfolios deutscher Kleinanleger vordrangen, weil deutsche Banken und Sparkassen sie ihren Kunden als risikolose Geldanlage verkauften. Es war, in den neunziger Jahren, die Boomphase der Finanzmärkte, die Zeit, als Politiker sich von der Deregulierung Wachstumsimpulse für die Volkswirtschaften versprachen, und jeder, der widersprach, als ewig gestrig galt. Die Modernisierer folgten dem Rat neoliberaler Ökonomen und dem Lob der Gier: die Märkte zu entstaatlichen, Staatskonzerne zu privatisieren, Steuern zu senken, den Sozialstaat zu beschneiden.

Warum viele Regierungen diese Entfesselung förderten, zuließen und so lange nichts unternahmen, bis es zu spät war, ist nicht nur von historischem Interesse, sondern ist wichtig, um die Chancen zukünftiger Regulierung zu beurteilen. Ein Jahrzehnt lang profitierten Anleger, Konsumenten, Hausbesitzer und Unternehmer rund um den Globus von der wundersamen Methode der Geldvermehrung. Volkswirtschaften wie die von Deutschland und China profitierten, Börsianer, Banker, Manager und Politiker. Der Kapitalismus schien in eine neue Phase der sicheren Prosperität zu treten.

Im Blick zurück, nach dem Zusammenbruch dieser seltsamen Kettenbriefwirtschaft, schaut man nun staunend und ehrfürchtig, gegruselt und befremdet auf das weitverzweigte digitale Netzwerk, das wie aus sich selbst heraus die Welt überzogen hat mit Geld- und Kreditströmen. Vielleicht sind doch Monster am Werk? Oder ein einziges, riesengroßes? Gibt es die »Superblase«, von der der Spekulant, Milliardär und heutige Menschenfreund George Soros spricht, eine Art Tsunami aus ausstehenden Krediten?

Eine Blase von enormer Größe ist in jedem Fall zu bestaunen, und sie ist das Grundproblem der Finanzmärkte heute. Es geht nicht um Gier oder menschliches Versagen, sondern um viele vagabundierende Billionen, deren Besitzer nicht daran denken, sie wie noch im 20. Jahrhundert in arbeitsplatzschaffende Fabriken zu stecken, sondern die nach immer neuen Wegen suchen, Geld mit Geld zu machen. Keine Branche ist deshalb heute so kreativ und mit so vielen kreativen Köpfen bestückt wie die Finanzmärkte. Und selbst wenn es den Regierenden gelingen sollte, die Finanzmärkte transparenter zu machen und sie besser zu regulieren, bleibt diese Urgewalt des herumirrenden Geldes. »Die Innovationskraft der Finanzmärkte«, sagt der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, »ruiniert die Märkte«.

Entstanden ist daraus die wilde Achterbahn unserer Zeit, ein manisch-depressives System, dessen Auf- und Abs seit den 1990er Jahren immer schneller aufeinander folgen. Mexiko- und Russland-Krise, Argentinien, Japan, Südostasien-Crash, Aufstieg und Absturz der New Economy, Aufstieg und Absturz des Subprime-Marktes, Aufstieg und Absturz des Staatsanleihemarktes – immer größere Krisen produziert die spekulative Macht, obwohl Ökonomen und Politiker warnen und mahnen, obwohl sie, manchmal, neue Gesetze beschließen, obwohl Weltgipfel und G-20-Staaten tagen; es ist beunruhigend.

Der Kapitalismus hat eine Entwicklungsstufe erreicht, in der Geld mehr Ware als Zahlungsmittel geworden ist: mit Devisen, Schulden, Krediten lässt sich heute einträglicher handeln als mit Industrieprodukten, und das finden nur die Verwerflichen, die glauben, der Sinn der Marktwirtschaft sei die optimale Versorgung der Menschen mit Arbeit und Brot. Der Sinn der Marktwirtschaft ist die Vermehrung von Geld, und es stellt sich die drängende Frage, wie verhindert werden soll, dass der finanzgetriebene Kapitalismus immer wieder durch spekulative Blasen die Weltkonjunktur in Krisen stürzt.

Wie drängend diese Frage ist, belegt ein Vergleich der Zeiten: Das globale Finanzvermögen lag 1980 bei 12 Billionen Dollar und hat sich bis 2011 auf weit über 200 Billionen Dollar vervielfacht. Die Finanzvermögen sind mittlerweile dreimal so hoch wie die Weltproduktion von Gütern und Dienstleistungen.

Von den Regierenden der Welt zu verlangen, den finanzgetriebenen Weltkapitalismus ins vorletzte Jahrzehnt zurückzuzwingen, ist Unsinn. Die vagabundierenden Billionen sind in der Welt, sie suchen nach Rendite, und wie ernsthaft die Regierenden sie daran hindern werden, ob ihnen weiter erlaubt wird, »die gesamte Wirtschaft aufs Spiel« zu setzen, wie US-Präsident Barack Obama am Beginn seiner Amtszeit sagte, das wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Im vierten Kapitel beschreiben wir, warum Regierungen kein Gegengewicht sind zu den Akteuren auf den Finanzmärkten, sondern deren Kunden. Sie brauchen die Märkte, um staatliches Handeln finanzieren zu können. Fast alle Regierungen müssen regelmäßig Anleihen verkaufen, sie brauchen Banken, Hedgefonds, Versicherungen und Pensionsfonds, die für zwei, drei oder fünf Prozent Zinsen bereit sind, den Staaten immer wieder Geld zu leihen.

Wir beschreiben die Abhängigkeit der Staaten von den Finanzmärkten, die in den letzten Jahren zugenommen hat, weil Billionen

neuer Schulden nötig waren, um die Großbanken und das globale Finanzsystem vor dem Kollaps zu bewahren. Für Länder wie Italien, Spanien, Portugal ist es nach wie vor schwierig, zehnjährige Anleihen zu platzieren, es sei denn, sie zahlen Zinsen zwischen fünf und sechs Prozent, die wiederum zu höherer Staatsverschuldung führen. Es ist in der Tat ein Teufelskreis.

Jahrzehntelang waren die Finanzmärkte ein scheinbar unererschöpfliches Reservoir für die staatliche Verschuldungspolitik, nun aber wirken sie wie ein unerbittliches Korrektiv. Regierungen bekommen nur noch neue Kredite, wenn ihre Politik überzeugend auf Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist. Wie ein globaler Sachverständigenrat zensieren Ratingagenturen die Politik demokratisch gewählter Regierungen, und wenn sie nicht reagieren auf die Zuckungen der Märkte, können sie stürzen.

Die Banken in die Schranken zu weisen und als Geldgeber trotzdem zu behalten, ist Teil der heutigen Herausforderung. Schulden abzubauen und trotzdem Wirtschaftswachstum zu stimulieren, ist die komplizierte Aufgabe der Euro-Regierungen und der US-Regierung – Griechenland liefert unschöne Bilder für den Fall, wenn es misslingt.

Für das vorliegende Buch brauchte es ein Team von 21 Reportern, um das Geflecht der Finanzmärkte zu durchdringen, die Genesis der Finanzkrise zu recherchieren, um ihren amerikanischen Ursprung ebenso gründlich zu durchleuchten wie die europäische Staatsschuldenkrise. Entstanden ist eine akribische und anschauliche Gesamtschau eines globalen Geldbebens, dessen Ausgang noch nicht abzusehen ist. Festzuhalten ist jedoch die Erkenntnis eines Mannes, der weiß, wovon er spricht: »Eigentlich ist es gut, dass die Menschen unser Bank- und Geldsystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution vor morgen früh.« Formuliert hat diese Einsicht einer, der etwas vom Geldverdienen verstand, der Auto-Milliardär Henry Ford.

DAS GELDBEBEN

Wie die Finanzmärkte regieren

Der texanische Hedgefonds-Manager Kyle Bass ist ein Geisterfahrer der Märkte, der als Einziger die richtige Richtung kennt, während der große Gegenverkehr mit Tempo 200 immer neuen Abgründen entgegenrast. Bass bog zum ersten Mal vor fünf Jahren vorsätzlich falsch ab, als alle Welt noch glaubte, mit faulen Immobilienkrediten Gewinne machen zu können. Er dagegen setzte ein paar hundert Millionen Dollar darauf, dass die Subprime-Blase platzen würde. Dann, Mitte 2008 schon, als noch als wahnsinnig galt, wer den Bankrott eines europäischen Staats für denkbar hielt, schwamm er wieder gegen den Strom, wettete lange vor der Zeit gegen Europas überschuldete Nationen und fand neuerlich die Quelle für sagenhafte Gewinne. Ist Kyle Bass ein Spekulant? Ein Schurke der verfluchten Märkte? Oder ein Genie?

Die Büroflucht seiner Firma Hayman Capital Partners liegt hoch in einem bläulich verglasten 14-Geschosser am Rand von Downtown Dallas, aus den Fenstern seines Eckbüros sieht Amerika aus, kitschig verziert, wie eine der neureichen Neustädte Chinas. Bass ist der formlose Typ, er trägt Cowboystiefel, bei der Begegnung knabbert er an einem Eis in der Waffel, auf Regalbrettern stehen Fotos, die ihn mit George W. Bush zeigen. Er fühlt sich nicht sonderlich wohl in seiner Haut. »Die besten Jahre sind

vorbei«, sagt er, »das waren die Zeiten, als wir alle gute Geschäfte gemacht haben. Du willst nicht der Einzige sein, dem es gutgeht, wirklich nicht, es macht keinen Spaß.«

Er betreibt seine Geschäfte mit Ernst und Eifer, im Grunde wie ein Forscher der Finanzmärkte. Bass' Tage vergehen im Wesentlichen damit, Statistiken zu ermitteln, zu lesen und zu verstehen, aus Zahlenkolonnen korrekte Schlüsse zu ziehen und dabei weitgehend zu ignorieren, wie die Kollegen, wie die Politik und die Medien die Lage auf den verschiedenen Märkten beurteilen. »Es macht mich verrückt, wie die Wahrheit verkannt und verschleiert wird«, sagt Bass. »Die Wahrheit dient den Mächtigen nicht, aber es muss jemand aufstehen und sie aussprechen: Wir haben da draußen den größten Schuldenberg, der in der gesamten Weltgeschichte zu Friedenszeiten je aufgehäuft worden ist. Es wird einen nie dagewesenen Erdrutsch geben. Und der einzige Ausweg in Europa, in der Welt ist ein brutaler Schuldenschnitt.«

Bass blättert Mappen mit Schaubildern auf, vertrauliche Papiere, die sonst nur seine Investoren zu sehen bekommen. Ihre Botschaft ist erschütternd. Ein Diagramm setzt, nach Ländern gegliedert, die im jeweiligen Bankensektor vorhandenen Vermögenswerte und die Staatsverschuldung ins Verhältnis zu den staatlichen Einnahmen.

Es ist eine Art Gesamtrechnung der Verbindlichkeiten, die auf die Staaten zukämen, wenn sie alle ihre Banken retten müssten, ein Szenario für den äußersten Krisenfall. Bass' Finger gleiten über die Grafik, eine Reihe blauer Säulen: In Irland übersteigt die Summe der Bankvermögen, für die der Staat womöglich eintreten müsste, und der Staatsschulden die Einnahmen um das 40fache. In Japan um mehr als das 35fache. Im schlimmsten Fall 17fach überschuldet wäre die Schweiz, die USA 16fach, Großbritannien 14fach, Spanien 11fach, Deutschland 9fach.

»Irland und Japan liegen so weit jenseits aller Schmerzgrenzen«, sagt Bass, »da ist nichts mehr zu reparieren. Da hilft nur

noch beten.« Und seine Firma Hayman Capital sucht derweil nach Wegen, aus den Schiefwegen Kapital zu schlagen, asymmetrische Geschäfte zu finden, das heißt: mit möglichst wenig Einsatz möglichst viel Gewinn zu machen.

»Warum soll es unmoralisch sein«, sagt Bass, mit Schärfe in der Stimme, »gegen Länder zu wetten, deren Regierungen jahrelang in geradezu idiotischer Weise Schulden gemacht haben? Und warum soll ich, ein kleiner Fondsmanager aus Dallas, Texas, daran schuld sein, dass Europa seine Billionenschulden nicht in den Griff kriegt? Das ist absurd! Es ist lächerlich! Die Regierungen haben in ganz großem Stil Mist gebaut, und nun zeigen sie mit dem Finger auf andere. Forget it. Die Politik versagt. Nicht die Märkte versagen.«

Die Märkte – keine Adresse wäre schwammiger als diese. Und doch wird sie ständig genannt, wenn Schuldige oder wenigstens Verantwortliche für die dramatische Lage des Augenblicks dingfest gemacht werden sollen. In allen Zeitungen steht es derzeit, in allen Sprachen wird es wiederholt: Die Märkte, »the markets«, »les marchés« sind enttäuscht von Gipfeln, die Märkte hoffen, drohen, bestrafen. Es sind Schlagzeilen wie über eine große Schlacht, die über den Globus tobt, über einen Feldzug offenbar monströser Mächte gegen Menschen, Länder und deren Regierungen.

Ein Gespenst geht um in Europa, es ist das Gespenst der Märkte. Sie alle, jahrzehntelang gefeiert als eine sich selbst regulierende Wundermaschine, die Wohlstand produziert, als Ausdruck kollektiver Vernunft auch, stehen als unheimliche Bedrohung da. Die Völker starren auf sie voller Angst und Zweifel, voller Fragen, die ihnen ihre Regierungen – ratlos wie sie selbst – nicht mehr beantworten.

Wie kann es sein, dass die Staaten den Banken Milliarden leihen, nur um sich bei denselben Banken zu verschulden?

Wie kann es sein, dass ein einziger Finanzmarkt zehnmal so groß ist wie die Wirtschaftsleistung der gesamten Welt?

Stimmt der Vorwurf der Politik, »die Märkte« trieben mutwillige Spekulationen mit Europa?

Warum ist es den Regierungen nicht gelungen, die Macht der Finanzmärkte zu beschneiden?

Wer Antworten sucht, muss Akteure der Finanzmärkte durch deren Geschäftsalltag begleiten, was wir auf einem der Gipfel im Gebirge dieser Krise getan haben. Es geht zurück in den Winter 2011, in dramatische Wochen, in denen Regierungen stürzten und viel wütendes Volk auf der Straße war; Wochen, in denen die Märkte hysterische Bocksprünge vollführten, in denen die Zentralbanken der Welt nach Monaten des Zuwartens plötzlich den großen Hammer schwenkten. Es waren Wochen, die zuliefen auf ein Datum: den 9. Dezember 2011.

Für jenen Tag war in Brüssel neuerlich ein Befreiungsschlag angekündigt, ein weiterer Gipfel der Geldrettung, eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs, die Kompromisse suchten, um dem vereinten Europa Zukunft zu geben. Diesmal aber wollten sie, mussten sie ihre oft als müde empfundene Routine brechen, voran Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, diesmal wollten sie Nägel mit Köpfen machen. Es sollte darum gehen, die Lücken der alten EU-Verträge zu beseitigen, ein neues Vertragswerk auf den Weg zu bringen, um den entscheidenden Geburtsfehler Euro-Europas zu beheben: eine Währungsunion ohne politische Union geschaffen zu haben, eine Art Amerika, aber ohne das zugehörige Washington, ein Bündel Länder, aber ohne Bundesgesetze, geschweige denn eine europäische Bundesregierung.

Die Lage damals, im Dezember 2011, erforderte eine schnelle, entschlossene Reaktion. Wie in den Monaten nach der Lehman-Pleite drei Jahre zuvor, herrschte Eiszeit auf dem Interbankenmarkt, die Banken trauten sich untereinander nicht mehr über den Weg, verweigerten sich gegenseitig die existenznotwendigen

gen Kredite, und sie entzogen der Realwirtschaft die Mittel für Investitionen und Geschäfte. Wieder, wie während des Krachs an der Wall Street, musste um die Funktionstüchtigkeit der Weltwirtschaft in Gänze gefürchtet werden – und in diesen Wirbeln steckte auch Europa und sein historisches Projekt einer Union, in einem scheinbar unaufhaltsamen Zerfallsprozess. Das Treffen in Brüssel, das war die Hoffnung, müsste eine Wende bringen, wenigstens ein Signal zum Aufbruch, neue Ideen, politische Zuversicht.

Aber auch dieser Gipfel scheiterte. Statt einer Einigung auf neue Verträge musste eine Spaltung der Union der 27 festgestellt werden, Großbritannien verhinderte jede neue Vertragsdebatte, stellte sich undiplomatisch garstig quer, und so blieb nur die laue Absicht übrig, dass sich die Euro-Zone der 17 neue Regeln geben und mit einigen weiteren EU-Ländern »in Richtung« einer »Fiskalunion« gehen wolle.

Die Tünche des politischen Selbstlobs konnte damals nicht überdecken, dass Europas Führer neuerlich damit gescheitert waren, den Märkten Klarheit darüber zu verschaffen, wie die Schuldenkrise zu bewältigen wäre. Stattdessen gab es eine 180-Grad-Wende zu bestaunen: Was »Merkozy« beim berühmtesten Strandspaziergang von Deauville ein gutes Jahr zuvor verabredet hatten – etwa private Gläubiger im Fall von Staatsbankrotten einzubinden, keine automatischen Strafen für Schuldenmacher –, galt nun schon wieder nicht mehr. Den Banken wurde in jenem Dezember 2011 zugesichert, künftig nicht noch einmal einen Teilverlust ihrer Kredite an Staaten hinnehmen zu müssen. Banken waren und sind stets die Gewinner der politischen Prozesse, die sich um die große Finanzkrise ranken.

Aber das Bild ist uneinheitlich, und als wir in den beiden Wochen vor dem Dezember-Gipfel Akteure der Finanzmärkte begleiteten, war die Unruhe über den politischen Wirrwarr zu

spüren, war das unschlüssige Auf und Ab der Märkte in aufgewühlten Zeiten hautnah zu erleben: Drei Wochen vor dem Gipfel ging es abwärts, zwei Wochen vor Brüssel dümpelten die Märkte, bis eine dramatische Intervention der Notenbanken – ähnlich einer Injektion ins Herz – die Kurse abrupt nach oben trieb und bald alles nur noch auf den Krisengipfel zulief.

Das Wechselspiel zwischen den Finanzmärkten und den politischen Märkten intensiviert sich vor und nach politischen Gipfeln: Als wollten die Finanzmärkte vor einem Euro-Gipfel oder dem Treffen der G-20-Staaten den Regierenden einflüstern, was sie beschließen sollten, so agieren die Akteure auf den Märkten und formulieren in den Kursen die Erwartungen. Ist ein Gipfel vorbei, dann lässt sich an den Börsen am Morgen danach sofort ablesen, ob die Erwartungen erfüllt wurden.

Wir begleiteten einen Investor, der für Versicherungsgesellschaften nach sicheren Anlagen sucht auf den Märkten für Staatsanleihen. Wir verfolgten die Tagesarbeit in einem großen Aktienfonds, dessen Chef mit Informationen jongliert. Und wir beschreiben die Arbeit eines hochrangigen Derivate-Händlers, der an der New Yorker Wall Street jeden Tag Milliarden bewegt, und die Routine eines Bremer Devisen-Händlers, der Mittelständlern Dollar, Yen und Franken besorgt.

In der Bundesbank wurden wir Zeugen, wie die Ökonomen alles dafür tun, damit die deutschen Banken aus ihrer Angststarre erwachen. In der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hatte der Chef besonders die Schattenbanken im Visier. Hedgefonds-Manager Kyle Bass schließlich hatte den bösen Part, er machte aus den Schulden der Staaten große Gewinne.

Wer mit diesen Insidern sprach, ihr Tun beobachtete, wurde Augenzeuge einer Wette, die Europa verändert: An den Märkten wurde damals auf den Untergang der Euro-Zone gewettet, und diese Wette läuft noch immer.

Dahinter steckt kein Plan, keine Verschwörung, noch nicht einmal Absicht. Die Richtung ergibt sich vielmehr aus der Analyse der Situation und den Notwendigkeiten täglicher, manchmal sekundenschneller Entscheidungen, die die Akteure auf den Finanzmärkten fällen, um im Geschäft zu bleiben. Von diesen Entscheidungen, von ihren Bedingungen und ihren teils hochkomplexen Gegenständen erzählt dieses Kapitel. Es geht darin auch exemplarisch um die Zukunft und vielleicht um das jähe Ende des historischen Projekts eines vereinten Europa, und es geht darum, was es eigentlich heißt, wenn zu lesen steht, dass Märkte Politik machen.

MONTAG, 21. NOVEMBER 2011,
NOCH 18 TAGE BIS ZUM EURO-GIPFEL

Peking, Bürogebäude in der Financial Street (Anleihemarkt)

Eigentlich sitzt Reiner Back, Vermögensverwalter bei der MEAG, im Münchener Bankenviertel, eigentlich ist der 51-Jährige für Dutzende Versicherungen auf dem Markt für Staatsanleihen unterwegs; an diesem besonderen Montag jedoch sitzt er in Peking und hält einen Vortrag.

25 chinesische Vermögensverwalter, Geschäftspartner der MEAG, wollen hören, was in Europa los ist, warum der Bond-Markt verrücktspielt.

Der Bond-Markt hat Silvio Berlusconi verjagt. Er hat die Regierungschefs Georgios Papandreou und José Luis Rodríguez Zapatero aus den Ämtern getrieben. Der Bond-Markt ist der Böse, wenn Politiker zusammenkommen, um ihre Finanzen zu retten. Der Bond-Markt, so steht es dauernd in der Zeitung, so sagen sie

es im Fernsehen, »schöpft Verdacht«, er »wird misstrauisch«, er lässt »sich nicht beruhigen«, er »weicht nach Asien aus«, er »flieht Europa«. Er ist der große Unbekannte.

Back leitet die Rentenmarktabteilung der MEAG. Das ist die Vermögensverwalterin der Ergo und des Versicherungskonzerns Munich Re, des weltgrößten Rückversicherers. 170 Milliarden Euro hat Back im Portfolio, er ist der Spezialist für Bonds, zu Deutsch: Obligationen oder Rentenpapiere, in der deutschen Debatte heißen sie meistens Staatsanleihen.

Staaten finanzieren sich, indem sie großen Investoren Anleihen verkaufen, verzinste Schuldpapiere. An der Höhe der Verzinsung lässt sich ablesen, wie es um die Kreditwürdigkeit eines Landes steht. Je höher der Zins, desto schlechter die Lage. Reiner Back ist in Peking, auch weil die Lage sehr schlecht ist. Seit dem Schuldenschnitt für Griechenland ist auf dem Anleihemarkt nichts mehr sicher.

»Die gegenwärtige Krise ist eine Situation, die eine Eigendynamik entwickelt ...«, mit diesen Worten fängt er seinen Vortrag an. Er ist jetzt nicht mehr Deutscher, sondern Europäer. Es wäre gut, wenn chinesische Vermögensverwalter einen Teil ihres Kapitals in europäische Staatsanleihen stecken würden. Aber kann Back ihnen dazu raten?

Dieser Montag ist nicht irgendein Montag. Genau ein Jahr zuvor hatte Irland als erstes Euro-Land Hilfe aus dem Rettungsfonds beantragt. Es war der Beginn einer Abwehrschlacht der europäischen Regierungen gegen die Märkte, vor allem gegen den Bond-Markt. Irland konnte damals seine 8-jährigen Anleihen nur noch mit einem Zinssatz von sechs Prozent verkaufen, schlüpfte unter den Rettungsschirm, um den drohenden Bankrott zu verhindern.

Seither eilen die Euro-Regierungen von einem Krisengipfel zum anderen, und nach draußen versichern sie den Anlegern der

Bond-Märkte, dass es sich lohnt, Staatsanleihen aus Europa zu kaufen. Der Verkauf gelingt vielen nur noch, indem sie immer höhere Zinsen bieten, die die Schuldenlast so stark erhöhen, dass die Länder in Zukunft unregierbar werden. Seit aber Banken und andere Gläubiger zum angeblich freiwilligen Schuldenschnitt in Griechenland gezwungen wurden, seit die Hälfte ihrer etwa 200 in griechischen Staatsanleihen angelegten Milliarden Euro in Rauch aufgegangen sind, sind sie in eine Art Käuferstreik getreten.

Auch Backs Abteilung bei der MEAG hat die Order bekommen, sich bei Zukäufen vom Staatsanleihenmarkt Europas bis auf weiteres möglichst zurückzuhalten.

Die 25 Chinesen hören dem Gast aus Deutschland höflich zu. Es kommt nur eine einzige Nachfrage: »Mr. Back, wird die Europäische Zentralbank in größerem Maß die Papiere der Krisenstaaten aufkaufen?« Die Chinesen stellen die wichtigste Frage dieser Tage. Sie haben alles verstanden. Back weiß keine Antwort.

Frankfurt, Zentrale der Vermögensverwaltung DWS (Aktienmarkt)

Thomas Schüßler hat eigentlich Physik studiert und nur »nebenbei« Volks- und Betriebswirtschaft, trotzdem verwaltet er heute den Aktienfonds »DWS Top Dividende«, einen der größten Fonds Europas. Er ist an diesem Montag gegen halb neun in seinem Büro, und alles deutet auf eine turbulente Woche hin, schon wieder. Die Rating-Agentur Moody's warnt vor Risiken im französischen Finanzsystem, die Weltbank vor einer globalen Krise.

Schüßler ist 45 und gleich für mehrere Fonds der DWS verantwortlich. Die Tochter der Deutschen Bank ist Deutschlands größte Fondsgesellschaft, und mit mehr als 250 Milliarden Euro an verwalteten Geldern zählt sie weltweit zu den zehn größten Anbietern am Markt.

Schüßler, ein schlanker, langer Mann, hat den leicht nach vorn gekrümmten Gang von Leuten, die Probleme mit dem Rücken haben, sein zehnköpfiges Team führt er von einem Schreibtisch aus, der rechts hinten in einer Ecke des Großraumbüros steht.

An diesem Montagmorgen holt er sich zuerst die Bloomberg-Nachrichten auf den Schirm. Er hat am Wochenende nicht auf die Nachrichten geschaut, »aus Prinzip«. »Die Strategie, die wir fahren, setzt auf Langsamkeit«, sagt er. Er zwingt sich, in großen Linien zu denken, er will sich nicht vom Tagesrauschen der Kurse und Meldungen verrückt machen lassen. »Schneller als der Markt sein zu wollen ist keine gute Strategie.«

Märkte, das sind zum einen die Handelsplätze, auf denen Güter, Dienstleistungen, Rohstoffe, Immobilien und Arbeitskräfte gehandelt werden; zum anderen sind es jene Märkte, auf denen Devisen, Aktien, Staatsanleihen und Derivate gehandelt werden, die vielschichtigen strukturierten Finanzprodukte.

Die längste Zeit hatten die Finanzmärkte die Aufgabe, den anderen Märkten zu dienen: Sie verkauften einem Unternehmer Devisen, der im Ausland eine Maschine kaufen wollte. Unternehmen gaben Aktien und Anleihen aus, um sich bei Anlegern Kapital für Investitionen zu besorgen, die Staaten ebenso. Aber seit den achtziger Jahren entwickelten die Finanzmärkte ein immer größeres Eigenleben.

Zum einen suchten Investoren stets neue profitablere Anlagen jenseits der Warenproduktion, zum anderen ermöglichten die Regierenden in den USA und Großbritannien, später auch in Deutschland und anderen Ländern, durch die Deregulierung der Finanzmärkte neue, riskantere Anlagestrategien. Zum dritten kamen die Banken über die Zentralbanken an billiges Geld, konnten großzügig Kredite vergeben und Profite weit jenseits der in der Warenproduktion üblichen Gewinne bieten.

Das globale Finanzvermögen hat sich von 1980 und 12 Billionen Dollar bis heute auf weit über 200 Billionen Dollar vervielfacht,

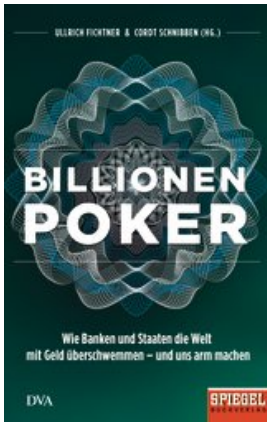
das Finanzvermögen ist dreimal so hoch wie die reale Weltproduktion. Der Spekulant und Milliardär George Soros sieht eine »Superblase« im System lauern, eine bedrohliche Kreditexpansion, die durch die entfesselten Märkte und die stark gestiegene Verschuldung der Staaten in die Welt gesetzt wurde. Die Regierungen verschuldeten sich bei den Banken in einem bisher ungekannten Maß, lockerten die gesetzlichen Bestimmungen für die Akteure auf den Finanzmärkten, senkten die Besteuerung der Finanzvermögen und mischten mit bei der Jagd nach neuen Finanzanlagen.

So haben sich die Billionen, die auf den Finanzmärkten vagabundieren, verdreifacht, vervierfacht und werden durch Banken und Hedgefonds, durch Versicherungen und Pensionsfonds, durch Staatsfonds und staatliche Finanzagenturen von einem Markt zum anderen geschoben.

Das ist die heutige Lage, in einer Welt, die jährlich reale Güter und Dienstleistungen im Wert von über 70 Billionen Dollar produziert: Auf den weltweiten Aktienmärkten wird mit Aktien in jedem Jahr ein Umsatz von 63 Billionen Dollar erzielt, mit Unternehmensanleihen und Staats-Bonds werden 24 Billionen Dollar umgeschlagen. Auf den Devisenmärkten werden 1007 Billionen Dollar bewegt, und auf den Derivatemärkten – den dynamischsten und gefährlichsten aller Märkte – wurden 708 Billionen Dollar umgesetzt.

Wenn Politiker von den »Märkten« sprechen, auf die man hören müsse, dann meinen sie in der Regel die Finanzmärkte. Sie meinen den mächtigen, verschlossenen Derivatemarkt, den mittlerweile hochpolitischen Markt für Staatsanleihen, und auch den zittrig volatilen Aktienmarkt.

Auf diesem Markt ist Thomas Schüßler für die DWS unterwegs, verheiratet, Vater von vier Kindern. Thomas Schüßler kam 2001 zur DWS, zuvor hatte er fünf Jahre für die Deutsche Bank gearbeitet, war auch Vorstandsassistent unter Josef Ackermann. Drei



Ullrich Fichtner, Cordt Schnibben

Billionenpoker

Wie Banken und Staaten die Welt mit Geld überschwemmen
– und uns arm machen
Ein SPIEGEL-Buch

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 304 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-421-04576-8

DVA Sachbuch

Erscheinungstermin: November 2012

Warum die Finanzmärkte die westlichen Demokratien bedrohen

Seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise mussten Regierungen mit insgesamt acht Billionen Euro kriselnde Banken und Volkswirtschaften vor dem Kollaps retten und stecken nun in einem Teufelskreis von immer neuen Rettungsschirmen und Hilfsprogrammen. Die Verschuldung der Staaten, über Jahrzehnte stetig und schnell gewachsen, hat sich dadurch gefährlich potenziert, die Notenbanken haben ihre Unabhängigkeit verloren und sind zu prinzipienlosen Geldmaschinen geworden.

Ullrich Fichtner und Cordt Schnibben haben mit einem Team von Experten und Reportern die Kreditschwemme von ihren Anfängen in den USA über ihre weltweite Ausbreitung, über die Schuldenkrise in Griechenland bis hin zu den Billionenkrediten der Europäischen Zentralbank, jahrelang verfolgt. Entstanden ist die ebenso akribische wie hintergründige Gesamtschau eines Geldbebens, dessen Auswirkungen noch immer unterschätzt werden: Es macht die Bürger ärmer, die Märkte mächtiger und die Politik noch machtloser.

Den Autoren gelingt es, die Zusammenhänge der finanzgetriebenen Weltwirtschaft so anschaulich zu beschreiben, dass Auswege aus dem Teufelskreis der Geldschwemme deutlich werden.

 [Der Titel im Katalog](#)